

**Hamburger Schriften zum Medien-,
Urheber- und Telekommunikationsrecht**

herausgegeben von:

Dr. Wolfgang Schulz
Hans-Bredow-Institut, Hamburg

Band 1

Till Kreuzer

Das Modell des deutschen Urheberrechts und Regelungsalternativen

Konzeptionelle Überlegungen zu Werkbegriff,
Zuordnung, Umfang und Dauer des Urheberrechts als
Reaktion auf den urheberrechtlichen Funktionswandel



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2007

ISBN 978-3-8329-3998-4

1. Auflage 2008

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Die Arbeit lag im Wintersemester 2006/2007 der juristischen Fakultät der Universität Hamburg als Dissertation vor. Die Arbeiten an der Dissertation wurden Anfang 2007 abgeschlossen. Später eingetretene Rechtsänderungen – wie vor allem die Reformen des Urheberrechtsgesetzes durch den „2. Korb“ und das „Durchsetzungsgesetz“ im Jahr 2008 – wurden in manchen Details noch berücksichtigt. Gleiches gilt für ausgewählte Literatur und Rechtsprechung, die nach Fertigstellung der Arbeit veröffentlicht wurden.

Mein Dank gilt zunächst meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Hoffmann-Riem, der mir seinerzeit die Möglichkeit eröffnet hat, meine Idee von dieser Arbeit in die Tat umzusetzen und der mich in diesem aufwendigen Unterfangen stets mit wertvollen Ratschlägen unterstützt hat. Zudem danke ich Herrn Prof. Dr. Marian Paschke für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Ferner danke ich auch und vor allem Dr. Wolfgang Schulz, dem Herausgeber dieser Reihe. Ihm gebührt wesentlicher Dank nicht nur dafür, dass er meine Arbeit als ersten Band angenommen hat. Vielmehr danke ich ihm als langjährigem Freund, Mentor, Geschäftspartner und Begleiter meiner wissenschaftlichen Tätigkeit. Herr Schulz hat unter anderem als inoffizieller „zweiter Betreuer“ meiner Doktorarbeit fungiert und dabei durch unzählige Gespräche wesentlich zu ihrem Gelingen beigetragen. Wertvolle Hilfe haben mir zudem meine Freunde Dr. Axel Metzger und Dr. Carsten Schulz sowie Dr. Gerd Kukuk geleistet, die viele Ideen und Anregungen beige-steuert haben. Leider kann Dr. Kukuk aufgrund seines plötzlichen Todes im Jahr 2006 die Fertigstellung der Arbeit nicht mehr miterleben.

Ich danke zudem meinen Eltern, die mich viele Jahre mental und finanziell unterstützt und mir hierdurch Studium und Promotion ermöglicht haben. Ich habe Zweifel, dass dieses Buch ohne die wichtige und mühselige Schlussredaktion meines Vaters jemals hätte veröffentlicht werden können. Dank für Hilfe aus dieser Richtung gebührt auch meinem Freund Jörg Alsdorf.

Schließlich möchte ich meiner Frau, Dr. Ina Kreutzer, danken. Ohne die zeitgleiche Arbeit an unseren Dissertationen hätten wir uns womöglich nie kennengelernt. Wäre dies nicht passiert, wäre meine Arbeit wiederum nicht – zumindest nicht so – entstanden.

Hamburg im August 2008

Dr. Till Kreutzer

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	24
Teil 1: Der Status quo im Urheberrecht	30
Kapitel 1: Das Schutzkonzept des deutschen Urheberrechtsgesetzes	30
I) Das Urheberrecht	30
A) Begründung und Rechtfertigung des Urheberrechts	30
1) Rechtsphilosophisch dominierte Begründungsansätze des <i>Droit D'Auteur</i>	31
a) Die Theorie vom geistigen Eigentum	31
b) Die Theorie vom Persönlichkeitsrecht	32
c) Die Naturrechtslehre der „Rechtsontologen“	33
2) Utilitaristische Begründungsansätze	35
a) Die funktionale Betrachtung <i>Gerhard Schrickers</i>	35
b) Die konsequentialistische Betrachtung	36
3) Hinweise auf das Vorherrschen naturrechtlicher Begründungsansätze im deutschen Urheberrecht aus einer Gegenüberstellung mit Grundsätzen des Copyright-Systems	37
4) Schlussfolgerungen	40
B) Hinweise auf eine naturrechtliche Begründung des geltenden Urheberrechts	40
1) Das Verhältnis zwischen materiellen und ideellen Schutzaspekten	41
2) Rechtssubjekt und Zuordnung des Urheberrechts	43
3) Schutzgegenstände und Verwertungsbefugnis	44
4) Werkbegriff	46
a) Einführung – Funktion des Werkbegriffs	46
b) „Werke der Literatur, Wissenschaft und Kunst“	48
c) Die Definition des Werkes gemäß § 2 Absatz 2 UrhG	49
d) Die Definition des Werkbegriffs in § 69a Absatz 3 UrhG	49

und in Art. 6 Schutzdauerrichtlinie bzw. Art. 3 Abs. 1 Datenbank-Richtlinie	104
C) Die Interessenlage im Urheberrecht und deren Regulierung durch die Schutzrecht- Schrankensystematik und das Urhebervertragsrecht	107
1) Die Ausgleichsfunktion des Urheberrechts	107
2) Konzeption und Ausgestaltung der Ausgleichsinstrumentarien im geltenden Urheberrecht	108
3) Durch das Urheberrecht betroffene Interessengruppen	109
a) Die Interessen der Urheber	112
b) Die Interessen der Verwerter	121
c) Die Interessen der Allgemeinheit (der Nutzer)	125
4) Fazit	128
II) Die verwandten Schutzrechte	128
Kapitel 2: Die verfassungsrechtliche Dimension des Urheberrechtsschutzes	131
I) Einleitung	131
II) Schutz des Urheberrechts durch das Grundgesetz	131
A) Art. 14 GG und die vermögensrechtliche Komponente des Urheberrechts	132
1) Inhalt und Grenzen des Schutzes von Art. 14 GG in Bezug auf das geistige Eigentum	132
a) Allgemeines	132
b) Gleichbehandlung von geistigem und Sacheigentum?	133
2) Begrenzung des geistigen Eigentums an Werken der Literatur, Wissenschaft und Kunst	137
a) Ausgestaltung durch Inhalts- und Schrankenbestimmungen	137
b) Einzelheiten zum Ausgestaltungsspielraum des Urheberrechtsgesetzgebers nach der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts	140
3) Verfassungsmäßige Rechtfertigung von Beschränkungen des Urheberrechts	158
a) Den Urheberinteressen entgegenstehende Belange Dritter und der Allgemeinheit	158
b) Maßstab für die Interessenabwägung	164
4) Zwischenergebnis	165
B) Vorgaben aus Art. 2 Abs. 1, 1 Abs. 1 GG an die Ausgestaltung des Urheberrechts	166
1) Verfassungsrechtliche Einordnung des Urheberpersönlichkeitsrechts	166
2) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	168
a) Der Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	168
b) Verfassungsrechtlicher Schutzauftrag gegenüber dem Staat bei der Gewährung und der Ausgestaltung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	170

c) Eingriffe in das allgemeine Persönlichkeitsrecht	171
d) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von staatlichen Eingriffen in das allgemeine Persönlichkeitsrecht	172
3) Übertragung der für das allgemeine Persönlichkeitsrecht gewonnenen Erkenntnisse auf das Urheberpersönlichkeitsrecht	174
a) Prüfungsfolge für Eingriffe in das Urheberpersönlichkeitsrecht	174
b) 1. Schritt: Eröffnung des Schutzbereichs, gemessen am Vorliegen persönlicher Beziehungen des Urhebers zum Werk	176
c) 2. Schritt: Intensität des Eingriffs	178
d) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in das Urheberpersönlichkeitsrecht	183
C) Zusammenfassung der sich aus der verfassungsrechtlichen Prüfung ergebenden Erkenntnisse	184
Kapitel 3: Copyright und Urheberrecht – Unterschiede und Gemeinsamkeiten zweier Rechtsfamilien	186
I) Einleitung: Die Annäherung der Urheberrechtssysteme im europäischen Gemeinschaftsrecht	186
II) Punktuelle Unterschiede zwischen den Schutzkonzepten des Copyright- und des Urheberrechts-Systems	188
III) Beispiele für die positivrechtliche Umsetzung des Copyright-Ansatzes im CDPA	189
A) Schutzgegenstand und Werkbegriff im britischen Copyright	189
B) Inhaber des Urheberrechts	191
C) Einzelne Unterschiede hinsichtlich der Übertragbarkeit des Copyrights und des Urhebervertragsrechts	192
D) <i>Moral Rights</i> im Copyright	193
E) Schranken des Copyrights	197
F) Schutzdauer	198
IV) Ergebnis des Exkurses	199
Teil 2: Funktionswandel des Urheberrechts am Beispiel des Schutzes „digitaler Werke“ und anderer Aspekte	201
I) Einleitung	201
II) Der Rechtsschutz von Computerprogrammen	202
A) Internationale Entwicklung	202
B) Europäische Entwicklung	207
C) Entwicklung in Deutschland	208
1) Die Entwicklung im deutschen Schrifttum	208
a) Der Streit um Patent- oder Urheberrechtsschutz für	

Software	208
b) Patentschutz	209
c) Urheberrechtsschutz	211
2) Entwicklung der Rechtsprechung	215
D) Kritische Beurteilung der Entwicklung: Das Computerprogramm als Werk im System des Urheberrechtsschutzes	218
1) Einführung	218
2) Das Computerprogramm als Werk aus Sicht der urheberbezogenen Schutzgegenstandsdefinitionen	218
3) Das Computerprogramm als Werk aus Sicht der werkbezogenen Schutzgegenstandsdefinitionen	219
a) Das Merkmal des Gestaltungsspielraums	219
b) Das Merkmal der sinnlichen Wahrnehmbarkeit des Werks	223
c) Das Computerprogramm als Gegenstand „qualifizierter menschlicher Kommunikation“	228
4) Zwischenergebnis	229
III) Rechtsschutz von Datenbanken	230
A) Internationale Entwicklung	230
B) Europäische Entwicklung	233
1) Das Recht an Datenbankwerken	233
2) Das Recht des Datenbankherstellers	234
a) Anforderungen an die Schutzfähigkeit	234
b) Verwertungsrechte des Datenbankherstellers und deren Schranken	235
C) Entwicklung in Deutschland	237
1) Anpassung des deutschen Urheberrechtsgesetzes	237
a) Rezeption der Vorschriften über Datenbankwerke	237
b) Rezeption des Datenbankherstellerrechts	240
c) Das Verhältnis von Datenbankurheber- und Datenbankherstellerrecht	241
d) Integration des urheberrechtlichen Datenbankschutzes in das Urheberrechtssystem	242
2) Bedenken gegen die Entwicklung	243
a) Verortung des Datenbankschutzes im Urheberrechtsgesetz	243
b) Monopolisierung von Informationen durch einen auf die Inhalte übergreifenden Datenbankschutz	244
c) Weitere Auswirkungen des Datenbankschutzes auf die Informationszugangsfreiheit aufgrund des Schutzes technischer Maßnahmen	252
3) Korrektur überbordenden Urheberrechtsschutzes durch das Kartellrecht?	255
D) Zwischenergebnis	258
IV) Weitere Entwicklungstendenzen im Spannungsfeld von Urheberrechtsschutz und digitalem Werkschaffen	259

A) Digitale und digitalisierte Werke	259
1) Der Einsatz von Digitaltechnologie und die Entwicklung des Urheberrechts	259
2) Computergrafiken	262
3) Digitale Multimediawerke	264
B) Die Expansion des Urheberrechts	269
1) Die faktische Ausweitung des Urheberrechtsschutzes auf die reine Benutzung digitaler Werke mittels datenverarbeitender Technologie	270
a) Vervielfältigungsrecht und Benutzung digitaler Werke	270
b) Korrektur der faktischen Ausweitung des Urheberrechts auf die reine Benutzung durch Schrankenvorschriften?	273
c) Auswirkungen auf den Rechtsverkehr mit Werkexemplaren	279
d) Fazit	281
2) Der Schutz von Ideen und Know-how durch den Rechtsschutz von Computerprogrammen, insbesondere durch das Dekompilierungsverbot in § 69c Nr. 1 und 2 UrhG	283
3) Gefahren für den kulturellen und technischen Fortschritt durch die Expansion des Bearbeitungsrechts bei gleichzeitiger Beschränkung des Bereichs freier Benutzung bei technischen Werkarten	285
4) Expansion des Urheberrechts durch Zurückdrängung der Schrankenregelungen bei digitalen Werken	289
a) Die Schranken des Urheberrechts im Umfeld sich ändernder Rechtsstatsachen	289
b) Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Auslegung von Schrankenbestimmungen	290
c) Einschränkung des gesetzgeberischen Gestaltungsspielraums bei der Gewähr von Schrankenbestimmungen durch die Richtlinie 2001/29/EG	295
d) Einschränkung der Schranken durch das „Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“	296
e) Fazit	308
f) Die Abschaffung des Erschöpfungsgrundsatzes bei unkörperlichen Werkstücken	309
V) Zwischenergebnis	317

Teil 3: Auswirkung der tatsächlichen und rechtlichen Entwicklung auf die „neuralgischen“ Punkte des Urheberrechtsschutzes	320
Kapitel 1: Vereinbarkeit von normativem Leitbild und realer Funktion des Urheberrechts	320
I) Naturrechtlich geprägter Begründungsansatz und unpersönliche, technisch-funktionale Schutzgegenstände	320
A) Die Entwicklung des urheberrechtlichen Schutzbereichs im Lichte des naturrechtlichen Begründungsansatzes	320
B) Exkurs: Indizien zur Kategorisierung von Geistesgütern als „persönlich“ oder „unpersönlich“	323
1) Faktoren ohne Indizwirkung für die Abgrenzung zwischen persönlichen und unpersönlichen Geistesschöpfungen	323
2) Faktoren mit Indizwirkung für die Abgrenzung zwischen persönlichen und unpersönlichen Geistesschöpfungen	324
C) Zwischenergebnis	328
II) Praktische Defizite aufgrund der Legitimationskrise des Urheberrechts im Bereich unpersönlicher Werke	330
A) Einfluss des naturrechtlichen Begründungsansatzes auf die Gesetzgebung	330
B) Einfluss des naturrechtlichen Begründungsansatzes auf die Legislatur	332
C) Fazit	332
Kapitel 2: Zuordnung des Urheberrechts: Defizite bei der Anwendung des Schöpferprinzips auf unpersönliche und im Arbeitnehmerverhältnis geschaffene Werke	337
I) Problemdarstellung	337
A) Schöpferprinzip als absolute Zuordnungsregel	337
B) Als Beispiel: Die Problematik des Lizenzmanagements der Hersteller von Multimediawerken	339
1) Problemdarstellung	339
2) Denkbare Folgen bei Fehlern im Lizenzmanagement	341
3) Besonderheit der Problematik gegenüber herkömmlichen Formen komplexer Werkkombinationen	343
II) In der Vergangenheit diskutierte Lösungsansätze	345
A) Die Kritik am Schöpferprinzip bei Arbeitnehmerschöpfungen nach der schweizerischen Lehre	345
B) Die Ansätze des schweizerischen Gesetzgebers zu einer Reform des URG – Regierungsentwürfe von 1984 und von 1989	348
C) Legislative Vorhaben und verwirklichte Ansätze einer Abkehr vom Schöpferprinzip im deutschen Recht	350
D) Neuere Überlegungen im deutschen Schrifttum zu einer Abkehr vom Schöpferprinzip in Bezug auf Multimediawerke	352

III) Die Reform des Urhebervertragsrechts im Jahr 2002 in Bezug auf „Arbeitnehmerwerke“	354
IV) Kritische Anmerkung zur Diskussion	355
A) Lösung durch flankierende Maßnahmen	356
B) Die in § 69b UrhG gewählte Lösung	356
Kapitel 3: Umfang des Urheberrechts	361
I) Problemdarstellung	361
II) Die Bedeutung des Verfügungsrechts für die Rechtsinhaber	362
III) Die Bedeutung des Verfügungsrechts im Lichte des urheberrechtlichen Interessenausgleichs	363
A) Auswirkung des Verfügungsrechts auf das Freihaltebedürfnis bei technischen Werken: Gefahr eines „schutzrechtlichen Innovationsdilemmas“?	364
B) Das Verfügungsrecht als Markt- und Innovationssteuerungsmechanismus	365
IV) Stellungnahme	370
Kapitel 4: Einheitliche Schutzdauer des Urheberrechtsgesetzes	372
I) Geltende Rechtslage und deren Entstehung	372
II) Problematik	373
A) Die (Ausgleichs-)Funktion der Schutzfrist	374
B) Die Übertragbarkeit der gesetzlichen Wertungen für eine lange Schutzdauer auf technisch-funktionale Schutzgüter – Interessenungleichgewicht durch pauschale Schutzfristregelungen	376
1) Sinn und Zweck einer Schutzfrist p. m. a. für technisch- funktionale Schutzgüter	376
a) Aus Sicht des Alimentsinteresses der Urheber und ihrer Erben	376
b) Aus Sicht des Investitionsschutzgedankens zur Schaffung von Anreizen für die Verwertungsindustrie	381
2) Defizite aufgrund zu langer Schutzdauer	383
a) Gestörte Interessenabwägung	383
b) Exkurs: Auswirkungen der Schutzdauer auf die Funktion des Wettbewerbs	386
III) Fazit	390
Kapitel 5: Zusammenfassung der Teile 1-3 in Thesenform	392
Teil 4: Regelungsalternativen zum geltenden Modell des deutschen Urheberrechts: Konturen eines „funktionsorientierten Dualismus“ basierend auf der Zweiteilung von funktionalem Werkschutz und persönlichkeitsbezogenem Urheberschutz	397
Einleitung	397
Kapitel 1: Rechtsphilosophische Grundlagen des Urheberrechts	402

I) Vorschlag: Multipolarer Begründungsansatz als rechtsphilosophische Grundlage des Urheberrechts	402
A) Wesensmerkmale eines differenzierenden multipolaren Begründungsansatzes für das moderne Urheberrecht	402
B) Werkbezogener, utilitaristischer Begründungsansatz für unpersönliche, technisch-funktionale Schutzgüter	404
1) Schutzbegründende Dimension des Begründungsansatzes (Legitimierungsfunktion)	404
2) Schutzbeschränkende Funktion des Begründungsansatzes	406
a) Plädoyer für die Aufnahme einer „Ausgleichsfunktion“ des Urheberrechts als schutzbegrenzendes Element der Funktionsbeschreibung des Schutzrechts	406
b) Unterschied zum funktionalen Ansatz <i>Gerhard Schrickers</i>	407
c) Die besondere Bedeutung der Ausgleichsfunktion des Urheberrechts für die Informationsgesellschaft	407
3) Weitere Vorteile des multipolaren Begründungsansatzes: internationale Annäherung bei der Funktionsbeschreibung des Urheberrechtsschutzes	409
Kapitel 2: Grundzüge eines alternativen Urheberrechtsschutzkonzepts: Prinzip eines „funktionsorientierten Dualismus“	411
I) Einleitung	411
II) Unterscheidung von Werkschutz und Urheberschutz durch Trennung von vermögensrechtlichen und ideellen Belangen	413
A) Grundgedanke	413
B) Vorteile des zweigleisigen Schutzsystems	414
C) Systematik	417
1) Abgrenzung und Verhältnis von Urheber- und Werkschutz	417
2) Werkbegriff und Schutzbereich	418
3) Zuordnung zu einem Rechtsträger	420
4) Schutzzumfang/Schutzfrist	421
Kapitel 3: Überlegungen zur positivrechtlichen Umsetzung eines funktionsorientierten Dualismus	424
I) 1. Element: Der Urheberschutz	424
A) Ausrichtung des Urheberschutzes	424
B) Schutzvoraussetzungen und Werkbegriff	425
1) Materiellrechtliche Aspekte	425
2) Prozessuale Aspekte, vor allem hinsichtlich der Beweislast für die Eröffnung des Schutzbereichs	426
3) Ideen für eine positivrechtliche Umsetzung	428
C) Zuordnung des Urheberschutzrechts	429
D) Schutzzumfang	429
E) Schutzdauer	430
F) Zusammenfassung	430
II) 2. Element: Der Werkschutz	431

A) Zielsetzung	431
B) Ausrichtung	431
C) Ideen für einen Werkbegriff im Werkschutzkonzept	432
1) Bedeutung des Werkbegriffs für das Werkschutzkonzept	432
2) Notwendigkeit einer durch den Werkbegriff definierten Bagatelluntergrenze	433
3) Definitionsversuch eines funktionsorientierten Werkbegriffs	434
a) Sachliche Beschreibung des Schutzgegenstandes	434
b) Qualitative Beschränkung der Definition	437
D) Zuordnung des Rechts durch Abkehr vom Schöpferprinzip als Zuordnungsmaxime zu Gunsten eines sachbezogenen Leistungsprinzips	440
1) Möglichkeit und Notwendigkeit einer differenzierenden Zuordnungsregelung	440
2) Umsetzungsideen	442
a) 1. Alternative: Pauschale Zuordnung des Stammrechts auf Basis einer kategorisierten Interessenabwägung	444
b) 2. Alternative: Verteilung der einzelnen Verwertungsrechte schon im Rahmen der Zuordnung des Rechts	458
c) Vor- und Nachteile der differenzierenden Zuordnung gegenüber dem Schöpferprinzip und vertragsrechtlichen Lösungen	460
3) Zusammenfassung	461
E) Schutzzumfang	462
1) Hintergedanke und Ansatz einer alternativen Schutzzumfangsbemessung	462
2) Grundkonzept einer alternativen Schutzzumfangsbestimmung	465
3) Inhaltliche Bestimmung des Schutzzumfangs	466
a) Konzeptionelles Vorbild für eine alternative Schutzzumfangsregel	466
b) Grundregel: Verwertungsbefugnis im Rahmen der betroffenen Interessen	466
c) 1. Filter: Absolute Beschränkungen der Verwertungsbefugnis	467
d) 2. Filter: Relative Beschränkungen der Verwertungsbefugnis	469
e) Auffangklausel zur Korrektur und Feinabstimmung des im Hinblick auf den Umfang der Verwertungsrechte gefundenen Ergebnisses	470
f) 3. Filter: Verbotsrecht und/oder Vergütungsanspruch?	472
F) Schutzdauer	478
1) Konzeption	478
a) Schutzpositionsspezifische Einzelfalllösung	479

b) Frühere Ansätze für einzelfall- und werkartunabhängig abgestufte Schutzdauerregelungen	481
c) Kombinierte Einzelfall-Generallösung	484
2) Zusammenfassung der Gedanken zur Schutzumfangsbemessung	489
 Fazit von Teil 4	 490
 Teil 5: Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussbemerkung	 491
Zu Teil 1: Der Status quo im Urheberrecht	491
Zu Teil 2: Funktionswandel des Urheberrechts am Beispiel der Entwicklung des Schutzes „digitaler Werke“ und anderer Aspekte	495
Zu Teil 3: Auswirkung der tatsächlichen und rechtlichen Entwicklung auf die „neuralgischen“ Punkte des Urheberrechtsschutzes	498
Zu Teil 4: Regelungsalternativen zum geltenden Modell des deutschen Urheberrechts: Konturen eines „funktionsorientierten Dualismus“ basierend auf der Zweiteilung von funktionalem Werkschutz und persönlichkeitsbezogenem Urheberschutz	502
 Literaturverzeichnis	 511